

Pressemitteilung

14. März 2019

#StopEinheitsrente

Die Leistungsgerechtigkeit, das Rückgrat unseres Rentensystems, darf nicht gefährdet werden

Berlin – Vier von fünf Deutschen bekennen sich klar zur Leistungsgerechtigkeit. In einer repräsentativen Civey-Umfrage bejahen 83 Prozent die Frage, ob diejenigen, die mehr Rentenbeiträge gezahlt haben, auch höhere Renten erhalten sollten als solche, die weniger eingezahlt haben. Und genau an diese Grundwurzel der Rentenversicherung will die SPD nun die Axt anlegen.

Die Pläne von Bundessozialminister Hubertus Heil für seine sogenannte Respekt-Rente sehen vor, dass Millionen Rentnerinnen und Rentner höhere Rentenzahlungen bekommen sollen, obwohl sie weniger als vergleichbare Rentner eingezahlt haben. Fast 22 Prozent der Renten würden dann nicht mehr nach der bewährten Rentenformel berechnet. „Das ist der Einstieg in eine Einheitsrente“, befürchtet INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr. „Statt gezielt etwas gegen Altersarmut zu unternehmen, werden jährlich schätzungsweise 5 bis 10 Milliarden Euro an Menschen ausgezahlt, die gar nicht bedürftig sind. Das spaltet die Gruppe der Rentner willkürlich in Gewinner und Verlierer und ist respektlos gegenüber den Steuerzahlern. Ein Sozialminister sollte Geld wohldosiert und gezielt für soziale Zwecke ausgeben und nicht mit der Murksrenten-Gießkanne auf Wählerstimmenfang gehen.“

Die INSM fordert daher: Respekt-Rente stoppen, gerechte Rentenpläne machen.

Um diese Forderung zu unterstreichen, veröffentlicht die INSM heute und in den kommenden Tagen mehrere Anzeigen. Die Anzeigenmotive und die Ergebnisse der Civey-Umfrage finden Sie unter www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de